

Vollstreckungsbehörde		PLZ, Ort		Datum	
		Sachbearbeiter/-in, ggf. E-Mail		Zimmer-Nr.	
		Telefon Durchwahl (Nebst.)		Telefax	
		Nr./AZ (Ford.-Pfändungs-Nr.)			
Drittschuldner		Zustellung an den Drittschuldner am:		Datum	Uhrzeit
		Zustellung mit			
		<input type="checkbox"/> Postzustellungsurkunde		<input type="checkbox"/> Empfangsbekenntnis	
Pfändungs- und Überweisungsbeschluss					
In der Zwangsvollstreckungssache					
Behörde, Anschrift - Gläubiger/in -				Kassenzeichen	
Kreditinstitut	BLZ/BIC	Kto.-Nr./IBAN			
gegen					
Name und Anschrift des Schuldners/der Schuldnerin ggf. des/der Prozessbevollmächtigten				Geburtsdatum des Schuldners/der Schuldnerin	
Nach dem <input type="checkbox"/> vollstreckbaren Ausstandsverzeichnis, <input type="checkbox"/> für vollstreckbar erklärten Leistungsbescheid					
vom	Datum	über	EUR	Fälligkeit	Forderungsart
vom	Datum	über	EUR	Fälligkeit	Forderungsart
hat der/die Gläubiger/in gegen den/die Schuldner/in folgende Ansprüche:					
EUR	Hauptforderung				
EUR	Säumniszuschläge				
EUR	Mahngebühren				
EUR	bisherige Vollstreckungskosten				
EUR	Kosten dieser Vollstreckung (Gebühren und Auslagen)				
EUR	Gesamtbetrag				
Wegen dieser Ansprüche zzgl. der weiterzurechnenden Säumniszuschläge (§ 240 AO) von 1% aus <input type="text"/> EUR					
ab <input type="text"/> Datum, wird die angebliche Forderung des Schuldners/der Schuldnerin nach Art. 26 Abs. 7 Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetz (VwZVG) i.V.m. §§ 829 ff. ZPO an					
Drittschuldner/in (genaue Anschrift und genaue Bezeichnung)					
aus allgemeinen Forderungen (genaue Bezeichnung der Forderung siehe Folgeseiten)					
so lange gepfändet, bis der Gläubigeranspruch gedeckt ist.					
<ul style="list-style-type: none">- Der Drittschuldner/Die Drittschuldnerin darf, soweit die Forderung bzw. der Anspruch gepfändet ist, an den Schuldner/die Schuldnerin nicht mehr leisten (§ 829 ZPO).- Der Schuldner/Die Schuldnerin darf insoweit nicht mehr über die Forderungen bzw. Ansprüche verfügen, insbesondere sie nicht einziehen.- Zugleich werden die gepfändeten Forderungen und Ansprüche dem Gläubiger in Höhe des gepfändeten Betrages zur Einziehung überwiesen (§ 835 ZPO).					
Unterschrift des/der Bediensteten der Vollstreckungsbehörde			Rechtsbehelfsbelehrung		
			Gegen diesen Bescheid ist/sind die/der in der Anlage beschriebene/n Rechtsbehelf/e zulässig. Die Anlage ist Bestandteil dieses Bescheides.		

A. Zu pfändende Forderung

☐ Anspruch an das Finanzamt

auf Rückzahlung zuviel entrichteter Lohn- und Einkommensteuer für das abgelaufene und frühere Kalenderjahr/e.

☐ auf Auszahlung der Arbeitnehmersparzulage.

☐ Anspruch an Banken, Sparkassen, Kreditinstitute

- auf alle gegenwärtigen und künftigen der Schuldnerin/dem Schuldner zustehenden Forderungen, Ansprüche und Rechte aus den Bankverträgen (z. B. Giro- und Kreditvertrag);
- auf die gegenwärtigen und künftigen Guthaben bei Rechnungsabschlüssen aus dem in laufender Rechnung (Kontokorrent) geführten und allen weiteren Konten und auf Auszahlung aller gegenwärtigen und künftigen Guthaben bei Rechnungsabschlüssen sowie Tagessaldenziehung sowie auf alle gegenwärtigen und künftigen Ansprüche auf fortlaufende Gutschrift der Zahlungseingänge, Auszahlung der Gutschriften und Guthaben sowie das Recht zur Überweisung an sich und Dritte;
- aus bestehenden und künftigen Kreditverträgen und Kreditzusagen erwachsende Ansprüche auf Gutschrift und Auszahlung der vereinbarten Kreditmittel und auf das Recht zur Überweisung an sich und Dritte aus solchen Mitteln;
- aus bestehenden Sparkonten erwachsende Ansprüche auf Auszahlung des Guthabens zzgl. der bis zur Auszahlung fälligen Zinsen sowie auf fristgerechte oder vorzeitige Kündigung der Sparverträge. Wir ordnen an, dass die Schuldnerin/der Schuldner die ihr/ihm über das jeweilige Sparguthaben ausgestellte Sparurkunde (Sparbuch) an die Gläubigerin/den Gläubiger bzw. an die/den von der Vollstreckungsbehörde mit der Entgegennahme zu beauftragende/n Vollstreckungsbedienstete/n herauszugeben hat;
- auf Zahlung/Leistung aller auf dem zum festverzinslichen Wertpapierkonto gehörenden Geldkonto gutgebrachten Beträge, insbesondere der Zinsgutschriften;
- auf Herausgabe aller in Bankverwahrung befindlichen Wertpapiere und auf die Eigentums- und die Miteigentumsansprüche an den Wertpapieren. Zugleich wird die Herausgabe der Wertpapiere und Erträgnisscheine an die Gläubigerin/den Gläubiger bzw. an die/den Vollstreckungsbedienstete/n angeordnet;
- auf Kündigung und Auszahlung von Guthaben aus Festgeldkonten;
- auf Zutritt und Zugriff zu den/auf die von der Schuldnerin/dem Schuldner unterhaltenen Bankstahlfächer und/oder sonstigen Behältnissen und auf Mitwirkung der Bank bei der Öffnung zum Zwecke der Entnahme des Inhalts. Hierzu wird angeordnet, dass die/der Vollstreckungsbedienstete Zutritt zum Bankstahlfach zu nehmen und die aus dem Stahlfach entnommenen Sachen für die/den Vollstreckungsgläubigerin/Vollstreckungsgläubiger durch Pfändung in Besitz zu nehmen hat;
- auf Rückübertragung bzw. Herausgabe aller gegebenen Sicherheiten sowie auf Auszahlung des nach Verwertung der Sicherheit/en verbleibenden Mehrerlöses.

Die Schuldnerin/Der Schuldner wird angewiesen, der Gläubigerin/dem Gläubiger alle Auskünfte zu erteilen. Es wird angeordnet, dass das über das jeweilige Sparguthaben ausgestellte Sparbuch an die Gläubigerin/den Gläubiger bzw. an die/den von der Vollstreckungsbehörde mit der Entgegennahme zu beauftragende/n Vollstreckungsbedienstete/n herauszugeben hat.

☐ Anspruch an Kreditkarteninstitute

Zahlung von bestehenden oder zukünftigen Ansprüchen der Vergütungen für Warenverkäufe und/oder Dienstleistungen, die aus vereinbartem Rahmenvertrag mit dem Drittschuldner entstanden sind oder noch entstehen und auf Rechnungslegung und Auskunftserteilung auf Grund der Zahlungszusage.

☐ Anspruch an Lebensversicherungsgesellschaften bzw. Versicherungsgesellschaften

☐ Lebensversicherung

- auf den mit der Versicherungsgesellschaft abgeschlossenen Lebensversicherungsvertrag einschließlich der Gewinnanteile und auf Zahlung des Rückkaufwertes im Falle des Vertragsrücktritts;
- auf Widerruf bzw. Änderung der Bezugsberechtigung;
- auf Umwandlung in eine prämienfreie Versicherung;
- das Recht der Kündigung;
- das Aushändigung der Versicherungspolice;

☐ Es wird angeordnet, dass der Schuldner/die Schuldnerin die Versicherungspolice und die letzte Prämienquittung an den Gläubiger/die Gläubigerin herauszugeben hat.

☐ Kfz-Haftpflichtversicherung

Anspruch auf Auszahlung des nach Abmeldung des Kraftfahrzeuges des Schuldners/der Schuldnerin verbleibenden Überzahlungsbetrages zur Kfz-Haftpflichtversicherung für das Kalenderjahr.

<input type="checkbox"/>	Anspruch aus Bausparvertrag	Vertragsnummer/n	insbesondere
Die Ansprüche auf: <ul style="list-style-type: none">- Auszahlung der Bausparsumme nach Zuteilung davon;- Rückzahlung des Bausparguthabens, einschließlich der Zinsen (nach Zahlung der vollen Bausparsumme);- Auszahlung von Erlösüberschüssen aus der Verwertung von Sicherheiten;- Auskunftserteilung, Änderung des Vertrags und Kündigung. <input type="checkbox"/> Es wird angeordnet, dass die Bausparurkunde und der letzten Kontoauszug herauszugeben ist.			
<input type="checkbox"/>	Anspruch aus Depotkonto		
Der angebliche Miteigentumsanteil des Schuldners als Hinterleger an dem im Sammeldepot unter der/den Nummer/n			
Depotnummer/n		bei der	Name des Kreditinstituts
für die		Bank im Auftrag des Schuldners/der Schuldnerin verwahren	
folgenden Wertpapiere		Bezeichnung der Wertpapiere	
<ul style="list-style-type: none">- der Anspruch auf Auslieferung der ihm gehörenden Wertpapiere aus dem Sammelbestand des oben genannten Depots, und- der Anspruch auf des Schuldners/der Schuldnerin auf Auszahlung von Erlösen wie Zinsen, Dividenden und Boni sonstiger Erträge wie z.B. von Bezugsrechten. <input type="checkbox"/> Die oben genannten Wertpapiere sind samt Zins- und Dividendenscheinen (Coupons) den Gerichtsvollzieher zur Verwertung herauszugeben.			
<input type="checkbox"/>	Anspruch aus Kontenleihe		
Auf Auszahlung derjenigen Beträge, die auf das Konto		Kto.Nr.	BLZ
Name und Anschrift des Kreditinstituts			
des Drittschuldners bei vorstehender Bank einbezahlt wurden und zukünftig werden und die dem Schuldner/der Schuldnerin zustehen (Kontenleihe).			
<input type="checkbox"/>	Anspruch aus Miete oder Pacht		
Auf Zahlung der fälligen und künftig fällig werdenden Miet- oder Pachtansprüche aus Vermietung/Verpachtung folgenden Objekts			
Bezeichnung und Anschrift des Objekts		<input type="checkbox"/> Bezüglich eines Betrages von	EUR
wird aus öffentlichen Grundstückslasten vollstreckt.			
Ist vor der Pfändung die Miete/Pacht gepfändet oder in anderer Weise über sie verfügt worden, so ist nach dem Gesetz über die Pfändung von Miet- oder Pachtzinsforderungen wegen Ansprüchen aus öffentlichen Grundstückslasten vom 9.3.1934 (RGBl. I S. 181) die Miet- und Pachtforderung des Vollstreckungsschuldners/der Vollstreckungsschuldnerin bereits für den nächsten Monat an die Vollstreckungsbehörde bzw. an den Gläubiger/die Gläubigerin zu zahlen, wenn die Zustellung dieses Pfändungsbeschlusses bis zum 15. Tag des Monats erfolgt ist, der dem Monat vorangeht, für den die gepfändete Miete geschuldet wird. Erfolgt die Zustellung dieses Pfändungsbeschlusses erst nach dem 15. Tag des betreffenden Monats, so ist die Mietzahlung erst mit dem übernächsten Monat zu beginnen.			
<input type="checkbox"/>	Anspruch aus Mietkaution		
<input type="checkbox"/>	auf Rückzahlung der laut Mietvertrag vom	Datum	
<input type="checkbox"/>	für das Mietobjekt	Genaue Anschrift bzw. Beschreibung	vereinbarte Mietkaution.
<input type="checkbox"/>	diejenigen Beträge, die zugunsten des Schuldners/der Schuldnerin auf das Sparkonto		
Kto.Nr.		BLZ	
Name und Anschrift des Kreditinstituts			
auf den Namen des Schuldners/der Schuldnerin und des Vermieters		Name/n	einbezahlt wurden.

Anspruch aus Versteigerungserlös

☐ der angebliche Erlösüberschuss, der dem Schuldner/der Schuldnerin in der vom Gläubiger betriebenen Zwangsversteigerungssache aus der am vom Gerichtsvollzieher vorgenommenen Versteigerung seines verbleibt.

☐ nach Erteilung des Zuschlags in dem Verfahren zur Zwangsversteigerung seines Grundstücks mit der Flurstücknr. Gemarkung beim Amtsgericht , Aktenzeichen:

nach Wegfertigung aller gemäß § 10 ZVG zu befriedigenden Ansprüche gebührt und verbleibt.

Anspruch aus Automatenaufstellung

werden die angeblichen fälligen und künftigen Ansprüche des Schuldners/der Schuldnerin

(wo aufgestellt und Bezeichnung des Automaten, bei mehreren Automaten welcher)

auf Zugang und Teilung des Geldinhaltes im Rahmen der geschlossenen vertraglichen Vereinbarung sowie auf Auszahlung des dem Schuldner/der Schuldnerin gebührenden Anteils daran gepfändet.

Anspruch auf Zahlung des sich nach dem Gesetz für den Vorrang erneuerbarer Energien - Erneuerbare-Energie-Gesetz - berechnenden Entgelts.**Ansprüche des Geschäftsführers oder Gesellschafters gegen ein GmbH**

- der Geschäftsanteil bzw. die Geschäftsanteile an der Drittschuldnerin;
- Geschäftsführervergütung und auf Ersatz seiner Aufwendungen; insoweit wird die Pfändung nach § 850c ZPO beschränkt;
- auf Auszahlung des Auseinandersetzungsguthabens, egal aus welchem Rechtsgrund und auf Auskunftserteilung und Vorlage der Jahresabschlüsse der vergangenen drei Jahre;
- auf Auszahlung schuldnerischen Anteils am Gewinn und auf Auskunftserteilung über die Höhe dieses Anspruchs;
- auf Herausgabe von Sachen sowie Rückübertragung von Rechten, die zur Nutzung überlassen wurden sowie einer eventuellen Vergütung hierfür; auf Rückzahlung gewährter Darlehen und nebst Zinsen und das Recht, die Gesellschaft zu kündigen;
- Zugleich werden die gepfändeten Geschäftsanteile, Ansprüche und Rechte dem Gläubiger zur Einweisung überwiesen; Nr. des Gesellschaftsvertrages bestimmt die Kündigung der Gesellschaft als weiteren Auflösungsgrund;
- Zugleich werden die gepfändeten Ansprüche und Rechte - nicht die gepfändeten Geschäftsanteile - dem Gläubiger zur Einziehung überwiesen.

☐ Es wird angeordnet, dass die Geschäftsanteile im Wege der Versteigerung durch den vom Gläubiger zu beauftragenden Gerichtsvollzieher durch freihändigen Verkauf zu verwerten sind; die Gesellschaft kann durch Kündigung nicht aufgelöst werden.

Ansprüche von Landwirten gegen Dritte

- ☐ auf Zahlung des Milchgeldes.
- ☐ der dem Schuldner als Genosse der/des Drittschuldners (Milchhandelsgenossenschaft) gegen die Drittschuldnerin auf Auszahlung des Gewinns und des Geschäftsguthabens (je fortlaufend), Auszahlung des im Auseinandersetzung zustehenden Guthabens sowie Reservefondsanteil.
- ☐ auf Ausbringung und Überschreibung der Milchreferenzmenge sowie das Recht auf Erlöseinbeziehung (nach §§ 4 ff. MilchabgabenVo in der jeweils gültigen Fassung [BGH vom 20.12.2006, VII ZB 92/05]).
- ☐ aus Verkaufserlös bei einer Übertragung der Anlieferreferenzmenge an den Drittschuldner (z.B. Landwirtschaftskammer und/oder Hauptzollamt) zum Weiterverkauf (BGH vom 20.12.2006; VII ZB 92/05).
- ☐ auf Auszahlung des Verkaufserlöses von gelieferten landwirtschaftlichen Produkten (z.B. Getreide, Zuckerrüben, Kartoffeln, Mais, Maislage, Obst usw.).

B. Berechnung des pfändbaren Netto-Einkommens

Die Berechnung des pfändbaren Einkommens richtet sich nach §§ 850 ff. in der jeweils gültigen Fassung.

C. Berechnung des pfändbaren Betrages

Der pfändbare Betrag ergibt sich unter Berücksichtigung von Unterhaltsverpflichtungen des Schuldners/der Schuldnerin aus der Tabelle zu § 850c ZPO (in der Fassung des jeweils gültigen Gesetzes zur Änderung der Pfändungsfreigrenzen)

D. Drittschuldnererklärung

Gemäß § 840 ZPO in der jeweils gültigen Fassung ist der Drittschuldner verpflichtet, binnen 2 Wochen von der Zustellung dieses Beschlusses an gerechnet eine Drittschuldnererklärung abzugeben.

E. Kostenentscheidung

Die Kostenentscheidung beruht auf Art 41 Abs. 1 VwZVG und dem kommunalen Kostenverzeichnis. Die Erhebung von Auslagen stützt sich auf Art. 10 Kostengesetz.

MUSTER

Vollstreckungsbehörde		PLZ, Ort		Datum	
		Sachbearbeiter/-in, ggf. E-Mail		Zimmer-Nr.	
		Telefon Durchwahl (Nebst.)		Telefax	
		Nr./AZ (Ford.-Pfändungs-Nr.)			
Drittschuldner		Zustellung an den Drittschuldner am:		Datum	Uhrzeit
		Zustellung mit <input type="checkbox"/> Postzustellungsurkunde <input type="checkbox"/> Empfangsbekenntnis			
Pfändungs- und Überweisungsbeschluss					
In der Zwangsvollstreckungssache					
Behörde, Anschrift - Gläubiger/in -					Kassenzeichen
Kreditinstitut	BLZ/BIC		Kto.-Nr./IBAN		
gegen					
Name und Anschrift des Schuldners/der Schuldnerin ggf. des/der Prozessbevollmächtigten					Geburtsdatum des Schuldners/der Schuldnerin
Nach dem <input type="checkbox"/> vollstreckbaren Ausstandsverzeichnis, <input type="checkbox"/> für vollstreckbar erklärten Leistungsbescheid					
vom	Datum	über	EUR	Fälligkeit	Forderungsart
vom	Datum	über	EUR	Fälligkeit	Forderungsart
hat der/die Gläubiger/in gegen den/die Schuldner/in folgende Ansprüche:					
EUR	Hauptforderung				
EUR	Säumniszuschläge				
EUR	Mahngebühren				
EUR	bisherige Vollstreckungskosten				
EUR	Kosten dieser Vollstreckung (Gebühren und Auslagen)				
EUR	Gesamtbetrag				
Wegen dieser Ansprüche zzgl. der weiterzurechnenden Säumniszuschläge (§ 240 AO) von 1% aus <input type="text" value="EUR"/>					
ab <input type="text" value="Datum"/> , wird die angebliche Forderung des Schuldners/der Schuldnerin nach Art. 26 Abs. 7 Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetz (VwZVG) i.V.m. §§ 829 ff. ZPO an					
Drittschuldner/in (genaue Anschrift und genaue Bezeichnung)					
aus allgemeinen Forderungen (genaue Bezeichnung der Forderung siehe Folgeseiten) so lange gepfändet, bis der Gläubigeranspruch gedeckt ist.					
<ul style="list-style-type: none">- Der Drittschuldner/Die Drittschuldnerin darf, soweit die Forderung bzw. der Anspruch gepfändet ist, an den Schuldner/die Schuldnerin nicht mehr leisten (§ 829 ZPO).- Der Schuldner/Die Schuldnerin darf insoweit nicht mehr über die Forderungen bzw. Ansprüche verfügen, insbesondere sie nicht einziehen.- Zugleich werden die gepfändeten Forderungen und Ansprüche dem Gläubiger in Höhe des gepfändeten Betrages zur Einziehung überwiesen (§ 835 ZPO).					
Unterschrift des/der Bediensteten der Vollstreckungsbehörde			Rechtsbehelfsbelehrung Gegen diesen Bescheid ist/sind die/der in der Anlage beschriebene/n Rechtsbehelf/e zulässig. Die Anlage ist Bestandteil dieses Bescheides.		

A. Zu pfändende Forderung

☐ Anspruch an das Finanzamt

auf Rückzahlung zuviel entrichteter Lohn- und Einkommensteuer für das abgelaufene und frühere Kalenderjahr/e.

☐ auf Auszahlung der Arbeitnehmersparzulage.

☐ Anspruch an Banken, Sparkassen, Kreditinstitute

- auf alle gegenwärtigen und künftigen der Schuldnerin/dem Schuldner zustehenden Forderungen, Ansprüche und Rechte aus den Bankverträgen (z. B. Giro- und Kreditvertrag);
- auf die gegenwärtigen und künftigen Guthaben bei Rechnungsabschlüssen aus dem in laufender Rechnung (Kontokorrent) geführten und allen weiteren Konten und auf Auszahlung aller gegenwärtigen und künftigen Guthaben bei Rechnungsabschlüssen sowie Tagessaldenziehung sowie auf alle gegenwärtigen und künftigen Ansprüche auf fortlaufende Gutschrift der Zahlungseingänge, Auszahlung der Gutschriften und Guthaben sowie das Recht zur Überweisung an sich und Dritte;
- aus bestehenden und künftigen Kreditverträgen und Kreditzusagen erwachsende Ansprüche auf Gutschrift und Auszahlung der vereinbarten Kreditmittel und auf das Recht zur Überweisung an sich und Dritte aus solchen Mitteln;
- aus bestehenden Sparkonten erwachsende Ansprüche auf Auszahlung des Guthabens zzgl. der bis zur Auszahlung fälligen Zinsen sowie auf fristgerechte oder vorzeitige Kündigung der Sparverträge. Wir ordnen an, dass die Schuldnerin/der Schuldner die ihr/ihm über das jeweilige Sparguthaben ausgestellte Sparurkunde (Sparbuch) an die Gläubigerin/den Gläubiger bzw. an die/den von der Vollstreckungsbehörde mit der Entgegennahme zu beauftragende/n Vollstreckungsbedienstete/n herauszugeben hat;
- auf Zahlung/Leistung aller auf dem zum festverzinslichen Wertpapierkonto gehörenden Geldkonto gutgebrachten Beträge, insbesondere der Zinsgutschriften;
- auf Herausgabe aller in Bankverwahrung befindlichen Wertpapiere und auf die Eigentums- und die Miteigentumsansprüche an den Wertpapieren. Zugleich wird die Herausgabe der Wertpapiere und Erträgnisscheine an die Gläubigerin/den Gläubiger bzw. an die/den Vollstreckungsbedienstete/n angeordnet;
- auf Kündigung und Auszahlung von Guthaben aus Festgeldkonten;
- auf Zutritt und Zugriff zu den/auf die von der Schuldnerin/dem Schuldner unterhaltenen Bankstahlfächer und/oder sonstigen Behältnissen und auf Mitwirkung der Bank bei der Öffnung zum Zwecke der Entnahme des Inhalts. Hierzu wird angeordnet, dass die/der Vollstreckungsbedienstete Zutritt zum Bankstahlfach zu nehmen und die aus dem Stahlfach entnommenen Sachen für die/den Vollstreckungsgläubigerin/Vollstreckungsgläubiger durch Pfändung in Besitz zu nehmen hat;
- auf Rückübertragung bzw. Herausgabe aller gegebenen Sicherheiten sowie auf Auszahlung des nach Verwertung der Sicherheit/en verbleibenden Mehrerlöses.

Die Schuldnerin/Der Schuldner wird angewiesen, der Gläubigerin/dem Gläubiger alle Auskünfte zu erteilen. Es wird angeordnet, dass das über das jeweilige Sparguthaben ausgestellte Sparbuch an die Gläubigerin/den Gläubiger bzw. an die/den von der Vollstreckungsbehörde mit der Entgegennahme zu beauftragende/n Vollstreckungsbedienstete/n herauszugeben hat.

☐ Anspruch an Kreditkarteninstitute

Zahlung von bestehenden oder zukünftigen Ansprüchen der Vergütungen für Warenverkäufe und/oder Dienstleistungen, die aus vereinbartem Rahmenvertrag mit dem Drittschuldner entstanden sind oder noch entstehen und auf Rechnungslegung und Auskunftserteilung auf Grund der Zahlungszusage.

☐ Anspruch an Lebensversicherungsgesellschaften bzw. Versicherungsgesellschaften

☐ Lebensversicherung

- auf den mit der Versicherungsgesellschaft abgeschlossenen Lebensversicherungsvertrag einschließlich der Gewinnanteile und auf Zahlung des Rückkaufwertes im Falle des Vertragsrücktritts;
- auf Widerruf bzw. Änderung der Bezugsberechtigung;
- auf Umwandlung in eine prämienfreie Versicherung;
- das Recht der Kündigung;
- das Aushändigung der Versicherungspolice;

☐ Es wird angeordnet, dass der Schuldner/die Schuldnerin die Versicherungspolice und die letzte Prämienquittung an den Gläubiger/die Gläubigerin herauszugeben hat.

☐ Kfz-Haftpflichtversicherung

Anspruch auf Auszahlung des nach Abmeldung des Kraftfahrzeuges des Schuldners/der Schuldnerin verbleibenden Überzahlungsbetrages zur Kfz-Haftpflichtversicherung für das Kalenderjahr.

<input type="checkbox"/>	Anspruch aus Bausparvertrag	Vertragsnummer/n	insbesondere
Die Ansprüche auf: <ul style="list-style-type: none">- Auszahlung der Bausparsumme nach Zuteilung davon;- Rückzahlung des Bausparguthabens, einschließlich der Zinsen (nach Zahlung der vollen Bausparsumme);- Auszahlung von Erlösüberschüssen aus der Verwertung von Sicherheiten;- Auskunftserteilung, Änderung des Vertrags und Kündigung. <input type="checkbox"/> Es wird angeordnet, dass die Bausparurkunde und der letzten Kontoauszug herauszugeben ist.			
<input type="checkbox"/>	Anspruch aus Depotkonto		
Der angebliche Miteigentumsanteil des Schuldners als Hinterleger an dem im Sammeldepot unter der/den Nummer/n			
Depotnummer/n		bei der	Name des Kreditinstituts
für die		Bank im Auftrag des Schuldners/der Schuldnerin verwahren	
folgenden Wertpapiere		Bezeichnung der Wertpapiere	
<ul style="list-style-type: none">- der Anspruch auf Auslieferung der ihm gehörenden Wertpapiere aus dem Sammelbestand des oben genannten Depots, und- der Anspruch auf des Schuldners/der Schuldnerin auf Auszahlung von Erlösen wie Zinsen, Dividenden und Boni sonstiger Erträge wie z.B. von Bezugsrechten. <input type="checkbox"/> Die oben genannten Wertpapiere sind samt Zins- und Dividendenscheinen (Coupons) den Gerichtsvollzieher zur Verwertung herauszugeben.			
<input type="checkbox"/>	Anspruch aus Kontenleihe		
Auf Auszahlung derjenigen Beträge, die auf das Konto		Kto.Nr.	BLZ
Name und Anschrift des Kreditinstituts			
des Drittschuldners bei vorstehender Bank einbezahlt wurden und zukünftig werden und die dem Schuldner/der Schuldnerin zustehen (Kontenleihe).			
<input type="checkbox"/>	Anspruch aus Miete oder Pacht		
Auf Zahlung der fälligen und künftig fällig werdenden Miet- oder Pachtansprüche aus Vermietung/Verpachtung folgenden Objekts			
Bezeichnung und Anschrift des Objekts		<input type="checkbox"/> Bezüglich eines Betrages von	EUR
wird aus öffentlichen Grundstückslasten vollstreckt.			
Ist vor der Pfändung die Miete/Pacht gepfändet oder in anderer Weise über sie verfügt worden, so ist nach dem Gesetz über die Pfändung von Miet- oder Pachtzinsforderungen wegen Ansprüchen aus öffentlichen Grundstückslasten vom 9.3.1934 (RGBl. I S. 181) die Miet- und Pachtforderung des Vollstreckungsschuldners/der Vollstreckungsschuldnerin bereits für den nächsten Monat an die Vollstreckungsbehörde bzw. an den Gläubiger/die Gläubigerin zu zahlen, wenn die Zustellung dieses Pfändungsbeschlusses bis zum 15. Tag des Monats erfolgt ist, der dem Monat vorangeht, für den die gepfändete Miete geschuldet wird. Erfolgt die Zustellung dieses Pfändungsbeschlusses erst nach dem 15. Tag des betreffenden Monats, so ist die Mietzahlung erst mit dem übernächsten Monat zu beginnen.			
<input type="checkbox"/>	Anspruch aus Mietkaution		
<input type="checkbox"/>	auf Rückzahlung der laut Mietvertrag vom	Datum	
<input type="checkbox"/>	für das Mietobjekt	Genaue Anschrift bzw. Beschreibung	vereinbarte Mietkaution.
<input type="checkbox"/>	diejenigen Beträge, die zugunsten des Schuldners/der Schuldnerin auf das Sparkonto		
Kto.Nr.		BLZ	
Name und Anschrift des Kreditinstituts			
auf den Namen des Schuldners/der Schuldnerin und des Vermieters		Name/n	einbezahlt wurden.

☐ **Anspruch aus Versteigerungserlös**

☐ der angebliche Erlösüberschuss, der dem Schuldner/der Schuldnerin in der vom Gläubiger betriebenen Zwangsversteigerungssache aus der am vom Gerichtsvollzieher vorgenommenen Versteigerung seines verbleibt.

☐ nach Erteilung des Zuschlags in dem Verfahren zur Zwangsversteigerung seines Grundstücks mit der Flurstücknr. Gemarkung beim Amtsgericht , Aktenzeichen:

nach Wegfertigung aller gemäß § 10 ZVG zu befriedigenden Ansprüche gebührt und verbleibt.

☐ **Anspruch aus Automatenaufstellung**

werden die angeblichen fälligen und künftigen Ansprüche des Schuldners/der Schuldnerin

(wo aufgestellt und Bezeichnung des Automaten, bei mehreren Automaten welcher)

auf Zugang und Teilung des Geldinhaltes im Rahmen der geschlossenen vertraglichen Vereinbarung sowie auf Auszahlung des dem Schuldner/der Schuldnerin gebührenden Anteils daran gepfändet.

☐ **Anspruch auf Zahlung des sich nach dem Gesetz für den Vorrang erneuerbarer Energien - Erneuerbare-Energie-Gesetz - berechnenden Entgelts.**☐ **Ansprüche des Geschäftsführers oder Gesellschafters gegen ein GmbH**

- der Geschäftsanteil bzw. die Geschäftsanteile an der Drittschuldnerin;
- Geschäftsführervergütung und auf Ersatz seiner Aufwendungen; insoweit wird die Pfändung nach § 850c ZPO beschränkt;
- auf Auszahlung des Auseinandersetzungsguthabens, egal aus welchem Rechtsgrund und auf Auskunftserteilung und Vorlage der Jahresabschlüsse der vergangenen drei Jahre;
- auf Auszahlung schuldnerischen Anteils am Gewinn und auf Auskunftserteilung über die Höhe dieses Anspruchs;
- auf Herausgabe von Sachen sowie Rückübertragung von Rechten, die zur Nutzung überlassen wurden sowie einer eventuellen Vergütung hierfür; auf Rückzahlung gewährter Darlehen und nebst Zinsen und das Recht, die Gesellschaft zu kündigen;
- Zugleich werden die gepfändeten Geschäftsanteile, Ansprüche und Rechte dem Gläubiger zur Einweisung überwiesen; Nr. des Gesellschaftsvertrages bestimmt die Kündigung der Gesellschaft als weiteren Auflösungsgrund;
- Zugleich werden die gepfändeten Ansprüche und Rechte - nicht die gepfändeten Geschäftsanteile - dem Gläubiger zur Einziehung überwiesen.

☐ Es wird angeordnet, dass die Geschäftsanteile im Wege der Versteigerung durch den vom Gläubiger zu beauftragenden Gerichtsvollzieher durch freihändigen Verkauf zu verwerten sind; die Gesellschaft kann durch Kündigung nicht aufgelöst werden.

☐ **Ansprüche von Landwirten gegen Dritte**

- ☐ auf Zahlung des Milchgeldes.
- ☐ der dem Schuldner als Genosse der/des Drittschuldners (Milchhandelsgenossenschaft) gegen die Drittschuldnerin auf Auszahlung des Gewinns und des Geschäftsguthabens (je fortlaufend), Auszahlung des im Auseinandersetzung zustehenden Guthabens sowie Reservefondsanteil.
- ☐ auf Ausbringung und Überschreibung der Milchreferenzmenge sowie das Recht auf Erlöseinbeziehung (nach §§ 4 ff. MilchabgabenVo in der jeweils gültigen Fassung [BGH vom 20.12.2006, VII ZB 92/05]).
- ☐ aus Verkaufserlös bei einer Übertragung der Anlieferreferenzmenge an den Drittschuldner (z.B. Landwirtschaftskammer und/oder Hauptzollamt) zum Weiterverkauf (BGH vom 20.12.2006; VII ZB 92/05).
- ☐ auf Auszahlung des Verkaufserlöses von gelieferten landwirtschaftlichen Produkten (z.B. Getreide, Zuckerrüben, Kartoffeln, Mais, Maislage, Obst usw.).

B. Berechnung des pfändbaren Netto-Einkommens

Die Berechnung des pfändbaren Einkommens richtet sich nach §§ 850 ff. in der jeweils gültigen Fassung.

C. Berechnung des pfändbaren Betrages

Der pfändbare Betrag ergibt sich unter Berücksichtigung von Unterhaltsverpflichtungen des Schuldners/der Schuldnerin aus der Tabelle zu § 850c ZPO (in der Fassung des jeweils gültigen Gesetzes zur Änderung der Pfändungsfreigrenzen)

D. Drittschuldnererklärung

Gemäß § 840 ZPO in der jeweils gültigen Fassung ist der Drittschuldner verpflichtet, binnen 2 Wochen von der Zustellung dieses Beschlusses an gerechnet eine Drittschuldnererklärung abzugeben.

E. Kostenentscheidung

Die Kostenentscheidung beruht auf Art 41 Abs. 1 VwZVG und dem kommunalen Kostenverzeichnis. Die Erhebung von Auslagen stützt sich auf Art. 10 Kostengesetz.

MUSTER

<div style="border: 1px solid black; height: 150px; margin-bottom: 10px;"></div> <div style="border: 1px solid black; padding: 5px;"> Drittschuldner </div>	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td colspan="2">PLZ, Ort</td> <td>Datum</td> </tr> <tr> <td colspan="2">Sachbearbeiter/-in, ggf. E-Mail</td> <td>Zimmer-Nr.</td> </tr> <tr> <td colspan="2">Telefon Durchwahl (Nebst.)</td> <td>Telefax</td> </tr> <tr> <td colspan="3">Nr./AZ (Ford.-Pfändungs-Nr.)</td> </tr> </table> <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 70%;">Zustellung an den Drittschuldner am:</td> <td style="width: 15%;">Datum</td> <td style="width: 15%;">Uhrzeit</td> </tr> </table> <div style="display: flex; justify-content: space-between;"> Zustellung mit <input type="checkbox"/> Postzustellungsurkunde <input type="checkbox"/> Empfangsbekenntnis </div>	PLZ, Ort		Datum	Sachbearbeiter/-in, ggf. E-Mail		Zimmer-Nr.	Telefon Durchwahl (Nebst.)		Telefax	Nr./AZ (Ford.-Pfändungs-Nr.)			Zustellung an den Drittschuldner am:	Datum	Uhrzeit
PLZ, Ort		Datum														
Sachbearbeiter/-in, ggf. E-Mail		Zimmer-Nr.														
Telefon Durchwahl (Nebst.)		Telefax														
Nr./AZ (Ford.-Pfändungs-Nr.)																
Zustellung an den Drittschuldner am:	Datum	Uhrzeit														

Pfändungs- und Überweisungsbeschluss

In der Zwangsvollstreckungssache

Behörde, Anschrift - Gläubiger/in -		Kassenzeichen
Kreditinstitut	BLZ/BIC	Kto.-Nr./IBAN

gegen

Name und Anschrift des Schuldners/der Schuldnerin ggf. des/der Prozessbevollmächtigten	Geburtsdatum des Schuldners/der Schuldnerin
--	---

Nach dem ☐ vollstreckbaren Ausstandsverzeichnis, ☐ für vollstreckbar erklärten Leistungsbescheid

vom	Datum	über	EUR	Fälligkeit	Forderungsart
vom	Datum	über	EUR	Fälligkeit	Forderungsart

hat der/die Gläubiger/in gegen den/die Schuldner/in folgende Ansprüche:

EUR	Hauptforderung
EUR	Säumniszuschläge
EUR	Mahngebühren
EUR	bisherige Vollstreckungskosten
EUR	Kosten dieser Vollstreckung (Gebühren und Auslagen)
EUR	Gesamtbetrag

Wegen dieser Ansprüche zzgl. der weiterzurechnenden Säumniszuschläge (§ 240 AO) von 1% aus EUR

ab Datum, wird die angebliche Forderung des Schuldners/der Schuldnerin nach Art. 26 Abs. 7 Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetz (VwZVG) i.V.m. §§ 829 ff. ZPO an

Drittschuldner/in (genaue Anschrift und genaue Bezeichnung)

aus allgemeinen Forderungen (genaue Bezeichnung der Forderung siehe Folgeseiten)
 so lange gepfändet, bis der Gläubigeranspruch gedeckt ist.

- Der Drittschuldner/Die Drittschuldnerin darf, soweit die Forderung bzw. der Anspruch gepfändet ist, an den Schuldner/die Schuldnerin nicht mehr leisten (§ 829 ZPO).
- Der Schuldner/Die Schuldnerin darf insoweit nicht mehr über die Forderungen bzw. Ansprüche verfügen, insbesondere sie nicht einziehen.
- Zugleich werden die gepfändeten Forderungen und Ansprüche dem Gläubiger in Höhe des gepfändeten Betrages zur Einziehung überwiesen (§ 835 ZPO).

Unterschrift des/der Bediensteten der Vollstreckungsbehörde

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid ist/sind die/der in der Anlage beschriebene/n Rechtsbehelf/e zulässig. Die Anlage ist Bestandteil dieses Bescheides.

A. Zu pfändende Forderung

☐ Anspruch an das Finanzamt

auf Rückzahlung zuviel entrichteter Lohn- und Einkommensteuer für das abgelaufene und frühere Kalenderjahr/e.

☐ auf Auszahlung der Arbeitnehmersparzulage.

☐ Anspruch an Banken, Sparkassen, Kreditinstitute

- auf alle gegenwärtigen und künftigen der Schuldnerin/dem Schuldner zustehenden Forderungen, Ansprüche und Rechte aus den Bankverträgen (z. B. Giro- und Kreditvertrag);
- auf die gegenwärtigen und künftigen Guthaben bei Rechnungsabschlüssen aus dem in laufender Rechnung (Kontokorrent) geführten und allen weiteren Konten und auf Auszahlung aller gegenwärtigen und künftigen Guthaben bei Rechnungsabschlüssen sowie Tagessaldenziehung sowie auf alle gegenwärtigen und künftigen Ansprüche auf fortlaufende Gutschrift der Zahlungseingänge, Auszahlung der Gutschriften und Guthaben sowie das Recht zur Überweisung an sich und Dritte;
- aus bestehenden und künftigen Kreditverträgen und Kreditzusagen erwachsende Ansprüche auf Gutschrift und Auszahlung der vereinbarten Kreditmittel und auf das Recht zur Überweisung an sich und Dritte aus solchen Mitteln;
- aus bestehenden Sparkonten erwachsende Ansprüche auf Auszahlung des Guthabens zzgl. der bis zur Auszahlung fälligen Zinsen sowie auf fristgerechte oder vorzeitige Kündigung der Sparverträge. Wir ordnen an, dass die Schuldnerin/der Schuldner die ihr/ihm über das jeweilige Sparguthaben ausgestellte Sparurkunde (Sparbuch) an die Gläubigerin/den Gläubiger bzw. an die/den von der Vollstreckungsbehörde mit der Entgegennahme zu beauftragende/n Vollstreckungsbedienstete/n herauszugeben hat;
- auf Zahlung/Leistung aller auf dem zum festverzinslichen Wertpapierkonto gehörenden Geldkonto gutgebrachten Beträge, insbesondere der Zinsgutschriften;
- auf Herausgabe aller in Bankverwahrung befindlichen Wertpapiere und auf die Eigentums- und die Miteigentumsansprüche an den Wertpapieren. Zugleich wird die Herausgabe der Wertpapiere und Erträgnisscheine an die Gläubigerin/den Gläubiger bzw. an die/den Vollstreckungsbedienstete/n angeordnet;
- auf Kündigung und Auszahlung von Guthaben aus Festgeldkonten;
- auf Zutritt und Zugriff zu den/auf die von der Schuldnerin/dem Schuldner unterhaltenen Bankstahlfächer und/oder sonstigen Behältnissen und auf Mitwirkung der Bank bei der Öffnung zum Zwecke der Entnahme des Inhalts. Hierzu wird angeordnet, dass die/der Vollstreckungsbedienstete Zutritt zum Bankstahlfach zu nehmen und die aus dem Stahlfach entnommenen Sachen für die/den Vollstreckungsgläubigerin/Vollstreckungsgläubiger durch Pfändung in Besitz zu nehmen hat;
- auf Rückübertragung bzw. Herausgabe aller gegebenen Sicherheiten sowie auf Auszahlung des nach Verwertung der Sicherheit/en verbleibenden Mehrerlöses.

Die Schuldnerin/Der Schuldner wird angewiesen, der Gläubigerin/dem Gläubiger alle Auskünfte zu erteilen. Es wird angeordnet, dass das über das jeweilige Sparguthaben ausgestellte Sparbuch an die Gläubigerin/den Gläubiger bzw. an die/den von der Vollstreckungsbehörde mit der Entgegennahme zu beauftragende/n Vollstreckungsbedienstete/n herauszugeben hat.

☐ Anspruch an Kreditkarteninstitute

Zahlung von bestehenden oder zukünftigen Ansprüchen der Vergütungen für Warenverkäufe und/oder Dienstleistungen, die aus vereinbartem Rahmenvertrag mit dem Drittschuldner entstanden sind oder noch entstehen und auf Rechnungslegung und Auskunftserteilung auf Grund der Zahlungszusage.

☐ Anspruch an Lebensversicherungsgesellschaften bzw. Versicherungsgesellschaften

☐ Lebensversicherung

- auf den mit der Versicherungsgesellschaft abgeschlossenen Lebensversicherungsvertrag einschließlich der Gewinnanteile und auf Zahlung des Rückkaufwertes im Falle des Vertragsrücktritts;
- auf Widerruf bzw. Änderung der Bezugsberechtigung;
- auf Umwandlung in eine prämienfreie Versicherung;
- das Recht der Kündigung;
- das Aushändigung der Versicherungspolice;

☐ Es wird angeordnet, dass der Schuldner/die Schuldnerin die Versicherungspolice und die letzte Prämienquittung an den Gläubiger/die Gläubigerin herauszugeben hat.

☐ Kfz-Haftpflichtversicherung

Anspruch auf Auszahlung des nach Abmeldung des Kraftfahrzeuges des Schuldners/der Schuldnerin verbleibenden Überzahlungsbetrages zur Kfz-Haftpflichtversicherung für das Kalenderjahr.

	Vertragsnummer/n	insbesondere
--	------------------	---------------------

Anspruch aus Bausparvertrag

Die Ansprüche auf:

- Auszahlung der Bausparsumme nach Zuteilung davon;
- Rückzahlung des Bausparguthabens, einschließlich der Zinsen (nach Zahlung der vollen Bausparsumme);
- Auszahlung von Erlösüberschüssen aus der Verwertung von Sicherheiten;
- Auskunftserteilung, Änderung des Vertrags und Kündigung.

☐ Es wird angeordnet, dass die Bausparurkunde und der letzten Kontoauszug herauszugeben ist.

Anspruch aus Depotkonto

Der angebliche Miteigentumsanteil des Schuldners als Hinterleger an dem im Sammeldepot unter der/den Nummer/n

Depotnummer/n	bei der	Name des Kreditinstituts
---------------	---------	--------------------------

für die

	Bank im Auftrag des Schuldners/der Schuldnerin verwahren
--	--

folgenden Wertpapiere

	Bezeichnung der Wertpapiere
--	-----------------------------

- der Anspruch auf Auslieferung der ihm gehörenden Wertpapiere aus dem Sammelbestand des oben genannten Depots, und
- der Anspruch auf des Schuldners/der Schuldnerin auf Auszahlung von Erlösen wie Zinsen, Dividenden und Boni sonstiger Erträge wie z.B. von Bezugsrechten.

☐ Die oben genannten Wertpapiere sind samt Zins- und Dividendenscheinen (Coupons) den Gerichtsvollzieher zur Verwertung herauszugeben.

Anspruch aus Kontenleihe

Auf Auszahlung derjenigen Beträge, die auf das Konto	Kto.Nr.	BLZ
--	---------	-----

Name und Anschrift des Kreditinstituts

des Drittschuldners bei vorstehender Bank einbezahlt wurden und zukünftig werden und die dem Schuldner/der Schuldnerin zustehen (Kontenleihe).

Anspruch aus Miete oder Pacht

Auf Zahlung der fälligen und künftig fällig werdenden Miet- oder Pachtansprüche aus Vermietung/Verpachtung folgenden Objekts

Bezeichnung und Anschrift des Objekts	
---------------------------------------	--

☐ Bezüglich eines Betrages von

	EUR
--	-----

wird aus öffentlichen Grundstückslasten vollstreckt.

Ist vor der Pfändung die Miete/Pacht gepfändet oder in anderer Weise über sie verfügt worden, so ist nach dem Gesetz über die Pfändung von Miet- oder Pachtzinsforderungen wegen Ansprüchen aus öffentlichen Grundstückslasten vom 9.3.1934 (RGBl. I S. 181) die Miet- und Pachtforderung des Vollstreckungsschuldners/der Vollstreckungsschuldnerin bereits für den nächsten Monat an die Vollstreckungsbehörde bzw. an den Gläubiger/die Gläubigerin zu zahlen, wenn die Zustellung dieses Pfändungsbeschlusses bis zum 15. Tag des Monats erfolgt ist, der dem Monat vorangeht, für den die gepfändete Miete geschuldet wird. Erfolgt die Zustellung dieses Pfändungsbeschlusses erst nach dem 15. Tag des betreffenden Monats, so ist die Mietzahlung erst mit dem übernächsten Monat zu beginnen.

Anspruch aus Mietkaution

	Datum
--	-------

☐ auf Rückzahlung der laut Mietvertrag vom

	Genauere Anschrift bzw. Beschreibung
--	--------------------------------------

für das Mietobjekt vereinbarte Mietkaution.

☐ diejenigen Beträge, die zugunsten des Schuldners/der Schuldnerin auf das Sparkonto

Kto.Nr.	BLZ
---------	-----

Name und Anschrift des Kreditinstituts

auf den Namen des Schuldners/der Schuldnerin und des Vermieters

	Name/n
--	--------

einbezahlt wurden.

<input type="checkbox"/>	Anspruch aus Versteigerungserlös
<input type="checkbox"/>	<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <div> der angebliche Erlösüberschuss, der dem Schuldner/der Schuldnerin in der vom Gläubiger </div> <div style="border: 1px solid black; padding: 2px; font-size: small;">Name/n</div> </div> <div style="display: flex; justify-content: space-between; margin-top: 10px;"> <div> betrieblenen Zwangsversteigerungssache aus der am <div style="border: 1px solid black; padding: 2px; font-size: x-small;">Datum</div> vom <div style="border: 1px solid black; padding: 2px; width: 100px;"></div> </div> <div style="text-align: right;"> Gerichtsvollzieher </div> </div> <div style="display: flex; justify-content: space-between; margin-top: 10px;"> <div> vorgenommenen Versteigerung seines <div style="border: 1px solid black; padding: 2px; width: 300px;"></div> </div> <div style="text-align: right;"> verbleibt. </div> </div>
<input type="checkbox"/>	nach Erteilung des Zuschlags in dem Verfahren zur Zwangsversteigerung seines Grundstücks mit der Flurstücknr. <div style="border: 1px solid black; padding: 2px; font-size: x-small; margin-top: 5px;">Flst.-Nr.</div> <div style="display: flex; justify-content: space-between; margin-top: 5px;"> <div style="border: 1px solid black; padding: 2px; font-size: x-small;">Gemarkung</div> <div style="border: 1px solid black; padding: 2px; width: 400px;"></div> </div> <div style="display: flex; justify-content: space-between; margin-top: 10px;"> <div> beim Amtsgericht <div style="border: 1px solid black; padding: 2px; width: 250px;"></div> </div> <div style="text-align: right;"> , Aktenzeichen: <div style="border: 1px solid black; padding: 2px; width: 150px;"></div> </div> </div> <p>nach Wegfertigung aller gemäß § 10 ZVG zu befriedigenden Ansprüche gebührt und verbleibt.</p>
<input type="checkbox"/>	Anspruch aus Automatenaufstellung werden die angeblichen fälligen und künftigen Ansprüche des Schuldners/der Schuldnerin <div style="border: 1px solid black; padding: 5px; font-size: x-small; margin-top: 5px;">(wo aufgestellt und Bezeichnung des Automaten, bei mehreren Automaten welcher)</div> <div style="border: 1px solid black; height: 150px; margin-top: 10px;"></div> <p>auf Zugang und Teilung des Geldinhaltes im Rahmen der geschlossenen vertraglichen Vereinbarung sowie auf Auszahlung des dem Schuldner/der Schuldnerin gebührenden Anteils daran gepfändet.</p>
<input type="checkbox"/>	Anspruch auf Zahlung des sich nach dem Gesetz für den Vorrang erneuerbarer Energien - Erneuerbare-Energie-Gesetz - berechnenden Entgelts.
<input type="checkbox"/>	Ansprüche des Geschäftsführers oder Gesellschafters gegen ein GmbH <ul style="list-style-type: none"> - der Geschäftsanteil bzw. die Geschäftsanteile an der Drittschuldnerin; - Geschäftsführervergütung und auf Ersatz seiner Aufwendungen; insoweit wird die Pfändung nach § 850c ZPO beschränkt; - auf Auszahlung des Auseinandersetzungsguthabens, egal aus welchem Rechtsgrund und auf Auskunftserteilung und Vorlage der Jahresabschlüsse der vergangenen drei Jahre; - auf Auszahlung schuldnerischen Anteils am Gewinn und auf Auskunftserteilung über die Höhe dieses Anspruchs; - auf Herausgabe von Sachen sowie Rückübertragung von Rechten, die zur Nutzung überlassen wurden sowie einer eventuellen Vergütung hierfür; auf Rückzahlung gewährter Darlehen und nebst Zinsen und das Recht, die Gesellschaft zu kündigen; - Zugleich werden die gepfändeten Geschäftsanteile, Ansprüche und Rechte dem Gläubiger zur Einweisung überwiesen; Nr. des Gesellschaftsvertrages bestimmt die Kündigung der Gesellschaft als weiteren Auflösungsgrund; - Zugleich werden die gepfändeten Ansprüche und Rechte - nicht die gepfändeten Geschäftsanteile - dem Gläubiger zur Einziehung überwiesen. <div style="margin-top: 10px;"> <input type="checkbox"/> Es wird angeordnet, dass die Geschäftsanteile im Wege der Versteigerung durch den vom Gläubiger zu beauftragenden Gerichtsvollzieher durch freihändigen Verkauf zu verwerten sind; die Gesellschaft kann durch Kündigung nicht aufgelöst werden. </div>
<input type="checkbox"/>	Ansprüche von Landwirten gegen Dritte <div style="margin-top: 10px;"> <input type="checkbox"/> auf Zahlung des Milchgeldes. </div> <div style="margin-top: 10px;"> <input type="checkbox"/> der dem Schuldner als Genosse der/des Drittschuldners (Milchhandelsgenossenschaft) gegen die Drittschuldnerin auf Auszahlung des Gewinns und des Geschäftsguthabens (je fortlaufend), Auszahlung des im Auseinandersetzung zustehenden Guthabens sowie Reservefondsanteil. </div> <div style="margin-top: 10px;"> <input type="checkbox"/> auf Ausbringung und Überschreibung der Milchreferenzmenge sowie das Recht auf Erlöseinbeziehung (nach §§ 4 ff. MilchabgabenVo in der jeweils gültigen Fassung [BGH vom 20.12.2006, VII ZB 92/05]). </div> <div style="margin-top: 10px;"> <input type="checkbox"/> aus Verkaufserlös bei einer Übertragung der Anlieferreferenzmenge an den Drittschuldner (z.B. Landwirtschaftskammer und/oder Hauptzollamt) zum Weiterverkauf (BGH vom 20.12.2006; VII ZB 92/05). </div> <div style="margin-top: 10px;"> <input type="checkbox"/> auf Auszahlung des Verkaufserlöses von gelieferten landwirtschaftlichen Produkten (z.B. Getreide, Zuckerrüben, Kartoffeln, Mais, Maislage, Obst usw. </div>

B. Berechnung des pfändbaren Netto-Einkommens

Die Berechnung des pfändbaren Einkommens richtet sich nach §§ 850 ff. in der jeweils gültigen Fassung.

C. Berechnung des pfändbaren Betrages

Der pfändbare Betrag ergibt sich unter Berücksichtigung von Unterhaltsverpflichtungen des Schuldners/der Schuldnerin aus der Tabelle zu § 850c ZPO (in der Fassung des jeweils gültigen Gesetzes zur Änderung der Pfändungsfreigrenzen)

D. Drittschuldnererklärung

Gemäß § 840 ZPO in der jeweils gültigen Fassung ist der Drittschuldner verpflichtet, binnen 2 Wochen von der Zustellung dieses Beschlusses an gerechnet eine Drittschuldnererklärung abzugeben.

E. Kostenentscheidung

Die Kostenentscheidung beruht auf Art 41 Abs. 1 VwZVG und dem kommunalen Kostenverzeichnis. Die Erhebung von Auslagen stützt sich auf Art. 10 Kostengesetz.

MUSTER

Vollstreckungsbehörde		PLZ, Ort		Datum	
Drittschuldner		Sachbearbeiter/-in, ggf. E-Mail		Zimmer-Nr.	
		Telefon Durchwahl (Nebst.)		Telefax	
		Nr./AZ (Ford.-Pfändungs-Nr.)			
		Zustellung an den Drittschuldner am:		Datum	Uhrzeit
		Zustellung mit			
		<input type="checkbox"/> Postzustellungsurkunde		<input type="checkbox"/> Empfangsbekenntnis	
Pfändungs- und Überweisungsbeschluss					
In der Zwangsvollstreckungssache					
Behörde, Anschrift - Gläubiger/in -				Kassenzeichen	
Kreditinstitut	BLZ/BIC	Kto.-Nr./IBAN			
gegen					
Name und Anschrift des Schuldners/der Schuldnerin ggf. des/der Prozessbevollmächtigten				Geburtsdatum des Schuldners/der Schuldnerin	
Nach dem <input type="checkbox"/> vollstreckbaren Ausstandsverzeichnis, <input type="checkbox"/> für vollstreckbar erklärten Leistungsbescheid					
vom	Datum	über	EUR	Fälligkeit	Forderungsart
vom	Datum	über	EUR	Fälligkeit	Forderungsart
hat der/die Gläubiger/in gegen den/die Schuldner/in folgende Ansprüche:					
EUR	Hauptforderung				
EUR	Säumniszuschläge				
EUR	Mahngebühren				
EUR	bisherige Vollstreckungskosten				
EUR	Kosten dieser Vollstreckung (Gebühren und Auslagen)				
EUR	Gesamtbetrag				
Wegen dieser Ansprüche zzgl. der weiterzurechnenden Säumniszuschläge (§ 240 AO) von 1% aus <input type="text" value="EUR"/>					
ab <input type="text" value="Datum"/> , wird die angebliche Forderung des Schuldners/der Schuldnerin nach Art. 26 Abs. 7 Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetz (VwZVG) i.V.m. §§ 829 ff. ZPO an					
Drittschuldner/in (genaue Anschrift und genaue Bezeichnung)					
aus allgemeinen Forderungen (genaue Bezeichnung der Forderung siehe Folgeseiten)					
so lange gepfändet, bis der Gläubigeranspruch gedeckt ist.					
<ul style="list-style-type: none">- Der Drittschuldner/Die Drittschuldnerin darf, soweit die Forderung bzw. der Anspruch gepfändet ist, an den Schuldner/die Schuldnerin nicht mehr leisten (§ 829 ZPO).- Der Schuldner/Die Schuldnerin darf insoweit nicht mehr über die Forderungen bzw. Ansprüche verfügen, insbesondere sie nicht einziehen.- Zugleich werden die gepfändeten Forderungen und Ansprüche dem Gläubiger in Höhe des gepfändeten Betrages zur Einziehung überwiesen (§ 835 ZPO).					
Unterschrift des/der Bediensteten der Vollstreckungsbehörde			Rechtsbehelfsbelehrung		
			Gegen diesen Bescheid ist/sind die/der in der Anlage beschriebene/n Rechtsbehelf/e zulässig. Die Anlage ist Bestandteil dieses Bescheides.		

A. Zu pfändende Forderung

☐ Anspruch an das Finanzamt

auf Rückzahlung zuviel entrichteter Lohn- und Einkommensteuer für das abgelaufene und frühere Kalenderjahr/e.

☐ auf Auszahlung der Arbeitnehmersparzulage.

☐ Anspruch an Banken, Sparkassen, Kreditinstitute

- auf alle gegenwärtigen und künftigen der Schuldnerin/dem Schuldner zustehenden Forderungen, Ansprüche und Rechte aus den Bankverträgen (z. B. Giro- und Kreditvertrag);
- auf die gegenwärtigen und künftigen Guthaben bei Rechnungsabschlüssen aus dem in laufender Rechnung (Kontokorrent) geführten und allen weiteren Konten und auf Auszahlung aller gegenwärtigen und künftigen Guthaben bei Rechnungsabschlüssen sowie Tagessaldenziehung sowie auf alle gegenwärtigen und künftigen Ansprüche auf fortlaufende Gutschrift der Zahlungseingänge, Auszahlung der Gutschriften und Guthaben sowie das Recht zur Überweisung an sich und Dritte;
- aus bestehenden und künftigen Kreditverträgen und Kreditzusagen erwachsende Ansprüche auf Gutschrift und Auszahlung der vereinbarten Kreditmittel und auf das Recht zur Überweisung an sich und Dritte aus solchen Mitteln;
- aus bestehenden Sparkonten erwachsende Ansprüche auf Auszahlung des Guthabens zzgl. der bis zur Auszahlung fälligen Zinsen sowie auf fristgerechte oder vorzeitige Kündigung der Sparverträge. Wir ordnen an, dass die Schuldnerin/der Schuldner die ihr/ihm über das jeweilige Sparguthaben ausgestellte Sparurkunde (Sparbuch) an die Gläubigerin/den Gläubiger bzw. an die/den von der Vollstreckungsbehörde mit der Entgegennahme zu beauftragende/n Vollstreckungsbedienstete/n herauszugeben hat;
- auf Zahlung/Leistung aller auf dem zum festverzinslichen Wertpapierkonto gehörenden Geldkonto gutgebrachten Beträge, insbesondere der Zinsgutschriften;
- auf Herausgabe aller in Bankverwahrung befindlichen Wertpapiere und auf die Eigentums- und die Miteigentumsansprüche an den Wertpapieren. Zugleich wird die Herausgabe der Wertpapiere und Erträgnisscheine an die Gläubigerin/den Gläubiger bzw. an die/den Vollstreckungsbedienstete/n angeordnet;
- auf Kündigung und Auszahlung von Guthaben aus Festgeldkonten;
- auf Zutritt und Zugriff zu den/auf die von der Schuldnerin/dem Schuldner unterhaltenen Bankstahlfächer und/oder sonstigen Behältnissen und auf Mitwirkung der Bank bei der Öffnung zum Zwecke der Entnahme des Inhalts. Hierzu wird angeordnet, dass die/der Vollstreckungsbedienstete Zutritt zum Bankstahlfach zu nehmen und die aus dem Stahlfach entnommenen Sachen für die/den Vollstreckungsgläubigerin/Vollstreckungsgläubiger durch Pfändung in Besitz zu nehmen hat;
- auf Rückübertragung bzw. Herausgabe aller gegebenen Sicherheiten sowie auf Auszahlung des nach Verwertung der Sicherheit/en verbleibenden Mehrerlöses.

Die Schuldnerin/Der Schuldner wird angewiesen, der Gläubigerin/dem Gläubiger alle Auskünfte zu erteilen. Es wird angeordnet, dass das über das jeweilige Sparguthaben ausgestellte Sparbuch an die Gläubigerin/den Gläubiger bzw. an die/den von der Vollstreckungsbehörde mit der Entgegennahme zu beauftragende/n Vollstreckungsbedienstete/n herauszugeben hat.

☐ Anspruch an Kreditkarteninstitute

Zahlung von bestehenden oder zukünftigen Ansprüchen der Vergütungen für Warenverkäufe und/oder Dienstleistungen, die aus vereinbartem Rahmenvertrag mit dem Drittschuldner entstanden sind oder noch entstehen und auf Rechnungslegung und Auskunftserteilung auf Grund der Zahlungszusage.

☐ Anspruch an Lebensversicherungsgesellschaften bzw. Versicherungsgesellschaften

☐ Lebensversicherung

- auf den mit der Versicherungsgesellschaft abgeschlossenen Lebensversicherungsvertrag einschließlich der Gewinnanteile und auf Zahlung des Rückkaufwertes im Falle des Vertragsrücktritts;
- auf Widerruf bzw. Änderung der Bezugsberechtigung;
- auf Umwandlung in eine prämienfreie Versicherung;
- das Recht der Kündigung;
- das Aushändigen der Versicherungspolice;

☐ Es wird angeordnet, dass der Schuldner/die Schuldnerin die Versicherungspolice und die letzte Prämienquittung an den Gläubiger/die Gläubigerin herauszugeben hat.

☐ Kfz-Haftpflichtversicherung

Anspruch auf Auszahlung des nach Abmeldung des Kraftfahrzeuges des Schuldners/der Schuldnerin verbleibenden Überzahlungsbetrages zur Kfz-Haftpflichtversicherung für das Kalenderjahr.

<input type="checkbox"/>	Anspruch aus Bausparvertrag	Vertragsnummer/n	insbesondere
Die Ansprüche auf: <ul style="list-style-type: none">- Auszahlung der Bausparsumme nach Zuteilung davon;- Rückzahlung des Bausparguthabens, einschließlich der Zinsen (nach Zahlung der vollen Bausparsumme);- Auszahlung von Erlösüberschüssen aus der Verwertung von Sicherheiten;- Auskunftserteilung, Änderung des Vertrags und Kündigung.			
<input type="checkbox"/> Es wird angeordnet, dass die Bausparurkunde und der letzten Kontoauszug herauszugeben ist.			
<input type="checkbox"/>	Anspruch aus Depotkonto		
Der angebliche Miteigentumsanteil des Schuldners als Hinterleger an dem im Sammeldepot unter der/den Nummer/n			
Depotnummer/n		bei der	Name des Kreditinstituts
für die		Bank im Auftrag des Schuldners/der Schuldnerin verwahren	
folgenden Wertpapiere		Bezeichnung der Wertpapiere	
<ul style="list-style-type: none">- der Anspruch auf Auslieferung der ihm gehörenden Wertpapiere aus dem Sammelbestand des oben genannten Depots, und- der Anspruch auf des Schuldners/der Schuldnerin auf Auszahlung von Erlösen wie Zinsen, Dividenden und Boni sonstiger Erträge wie z.B. von Bezugsrechten.			
<input type="checkbox"/> Die oben genannten Wertpapiere sind samt Zins- und Dividendenscheinen (Coupons) den Gerichtsvollzieher zur Verwertung herauszugeben.			
<input type="checkbox"/>	Anspruch aus Kontenleihe		
Auf Auszahlung derjenigen Beträge, die auf das Konto		Kto.Nr.	BLZ
Name und Anschrift des Kreditinstituts			
des Drittschuldners bei vorstehender Bank einbezahlt wurden und zukünftig werden und die dem Schuldner/der Schuldnerin zustehen (Kontenleihe).			
<input type="checkbox"/>	Anspruch aus Miete oder Pacht		
Auf Zahlung der fälligen und künftig fällig werdenden Miet- oder Pachtansprüche aus Vermietung/Verpachtung folgenden Objekts			
Bezeichnung und Anschrift des Objekts		<input type="checkbox"/> Bezüglich eines Betrages von	EUR
wird aus öffentlichen Grundstückslasten vollstreckt.			
Ist vor der Pfändung die Miete/Pacht gepfändet oder in anderer Weise über sie verfügt worden, so ist nach dem Gesetz über die Pfändung von Miet- oder Pachtzinsforderungen wegen Ansprüchen aus öffentlichen Grundstückslasten vom 9.3.1934 (RGBl. I S. 181) die Miet- und Pachtforderung des Vollstreckungsschuldners/der Vollstreckungsschuldnerin bereits für den nächsten Monat an die Vollstreckungsbehörde bzw. an den Gläubiger/die Gläubigerin zu zahlen, wenn die Zustellung dieses Pfändungsbeschlusses bis zum 15. Tag des Monats erfolgt ist, der dem Monat vorangeht, für den die gepfändete Miete geschuldet wird. Erfolgt die Zustellung dieses Pfändungsbeschlusses erst nach dem 15. Tag des betreffenden Monats, so ist die Mietzahlung erst mit dem übernächsten Monat zu beginnen.			
<input type="checkbox"/>	Anspruch aus Mietkaution		
<input type="checkbox"/> auf Rückzahlung der laut Mietvertrag vom		Datum	
für das Mietobjekt		Genaue Anschrift bzw. Beschreibung	vereinbarte Mietkaution.
<input type="checkbox"/> diejenigen Beträge, die zugunsten des Schuldners/der Schuldnerin auf das Sparkonto		Kto.Nr.	BLZ
Name und Anschrift des Kreditinstituts			
auf den Namen des Schuldners/der Schuldnerin und des Vermieters		Name/n	einbezahlt wurden.

☐ **Anspruch aus Versteigerungserlös**

- ☐ der angebliche Erlösüberschuss, der dem Schuldner/der Schuldnerin in der vom Gläubiger betriebenen Zwangsversteigerungssache aus der am vom Gerichtsvollzieher vorgenommenen Versteigerung seines verbleibt.
- ☐ nach Erteilung des Zuschlags in dem Verfahren zur Zwangsversteigerung seines Grundstücks mit der Flurstücknr. Gemarkung beim Amtsgericht , Aktenzeichen: nach Wegfertigung aller gemäß § 10 ZVG zu befriedigenden Ansprüche gebührt und verbleibt.

☐ **Anspruch aus Automatenaufstellung**

werden die angeblichen fälligen und künftigen Ansprüche des Schuldners/der Schuldnerin

(wo aufgestellt und Bezeichnung des Automaten, bei mehreren Automaten welcher)

auf Zugang und Teilung des Geldinhaltes im Rahmen der geschlossenen vertraglichen Vereinbarung sowie auf Auszahlung des dem Schuldner/der Schuldnerin gebührenden Anteils daran gepfändet.

☐ **Anspruch auf Zahlung des sich nach dem Gesetz für den Vorrang erneuerbarer Energien - Erneuerbare-Energie-Gesetz - berechnenden Entgelts.**☐ **Ansprüche des Geschäftsführers oder Gesellschafters gegen ein GmbH**

- der Geschäftsanteil bzw. die Geschäftsanteile an der Drittschuldnerin;
 - Geschäftsführervergütung und auf Ersatz seiner Aufwendungen; insoweit wird die Pfändung nach § 850c ZPO beschränkt;
 - auf Auszahlung des Auseinandersetzungs Guthabens, egal aus welchem Rechtsgrund und auf Auskunftserteilung und Vorlage der Jahresabschlüsse der vergangenen drei Jahre;
 - auf Auszahlung schuldnerischen Anteils am Gewinn und auf Auskunftserteilung über die Höhe dieses Anspruchs;
 - auf Herausgabe von Sachen sowie Rückübertragung von Rechten, die zur Nutzung überlassen wurden sowie einer eventuellen Vergütung hierfür; auf Rückzahlung gewährter Darlehen und nebst Zinsen und das Recht, die Gesellschaft zu kündigen;
 - Zugleich werden die gepfändeten Geschäftsanteile, Ansprüche und Rechte dem Gläubiger zur Einweisung überwiesen; Nr. des Gesellschaftsvertrages bestimmt die Kündigung der Gesellschaft als weiteren Auflösungsgrund;
 - Zugleich werden die gepfändeten Ansprüche und Rechte - nicht die gepfändeten Geschäftsanteile - dem Gläubiger zur Einziehung überwiesen.
- ☐ Es wird angeordnet, dass die Geschäftsanteile im Wege der Versteigerung durch den vom Gläubiger zu beauftragenden Gerichtsvollzieher durch freihändigen Verkauf zu verwerten sind; die Gesellschaft kann durch Kündigung nicht aufgelöst werden.

☐ **Ansprüche von Landwirten gegen Dritte**

- ☐ auf Zahlung des Milchgeldes.
- ☐ der dem Schuldner als Genosse der/des Drittschuldners (Milchhandelsgenossenschaft) gegen die Drittschuldnerin auf Auszahlung des Gewinns und des Geschäftsguthabens (je fortlaufend), Auszahlung des im Auseinandersetzung zustehenden Guthabens sowie Reservefondsanteil.
- ☐ auf Ausbringung und Überschreibung der Milchreferenzmenge sowie das Recht auf Erlöseinbeziehung (nach §§ 4 ff. MilchabgabenVo in der jeweils gültigen Fassung [BGH vom 20.12.2006, VII ZB 92/05]).
- ☐ aus Verkaufserlös bei einer Übertragung der Anlieferreferenzmenge an den Drittschuldner (z.B. Landwirtschaftskammer und/oder Hauptzollamt) zum Weiterverkauf (BGH vom 20.12.2006; VII ZB 92/05).
- ☐ auf Auszahlung des Verkaufserlöses von gelieferten landwirtschaftlichen Produkten (z.B. Getreide, Zuckerrüben, Kartoffeln, Mais, Maislage, Obst usw.).

B. Berechnung des pfändbaren Netto-Einkommens

Die Berechnung des pfändbaren Einkommens richtet sich nach §§ 850 ff. in der jeweils gültigen Fassung.

C. Berechnung des pfändbaren Betrages

Der pfändbare Betrag ergibt sich unter Berücksichtigung von Unterhaltsverpflichtungen des Schuldners/der Schuldnerin aus der Tabelle zu § 850c ZPO (in der Fassung des jeweils gültigen Gesetzes zur Änderung der Pfändungsfreigrenzen)

D. Drittschuldnererklärung

Gemäß § 840 ZPO in der jeweils gültigen Fassung ist der Drittschuldner verpflichtet, binnen 2 Wochen von der Zustellung dieses Beschlusses an gerechnet eine Drittschuldnererklärung abzugeben.

E. Kostenentscheidung

Die Kostenentscheidung beruht auf Art 41 Abs. 1 VwZVG und dem kommunalen Kostenverzeichnis. Die Erhebung von Auslagen stützt sich auf Art. 10 Kostengesetz.

MUSTER

**Fakultatives Widerspruchsverfahren bei einem Adressaten,
wenn bei der Behörde für die Übermittlung elektronischer Daten
ein Zugang eröffnet ist**

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe entweder Widerspruch eingelegt (siehe 1.) oder unmittelbar Klage erhoben (siehe 2.) werden.

1. Wenn Widerspruch eingelegt wird:

Der Widerspruch ist **schriftlich oder zur Niederschrift** bei der umseitig genannten Vollstreckungsbehörde einzulegen. Er kann auch **elektronisch mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz versehen** unter der umseitig genannten Adresse eingelegt werden. Sollte über den Widerspruch ohne zureichenden Grund in angemessener Frist sachlich nicht entschieden werden, so kann Klage bei dem **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht*** - Anschrift siehe unten - schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden. Die Klage kann nicht vor Ablauf von drei Monaten seit der Einlegung des Widerspruches erhoben werden, außer wenn wegen besonderer Umstände des Falles eine kürzere Frist geboten ist. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Vollstreckungsbehörde) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

2. Wenn unmittelbar Klage erhoben wird:

Die Klage ist bei dem **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht*** - Anschrift siehe unten - **schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts** zu erheben. **Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Vollstreckungsbehörde) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen** und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

- Durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22.06.2007 (GVBl. S. 390) wurde im Bereich der Vollstreckungsforderung ein fakultatives Widerspruchsverfahren eingeführt, das eine Wahlmöglichkeit eröffnet zwischen Widerspruchseinlegung und unmittelbarer Klageerhebung.
- Ein elektronisch eingelegter Widerspruch muss mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz versehen sein. Eine elektronische Widerspruchseinlegung ohne qualifizierte elektronische Signatur ist unzulässig.
- Eine Klageerhebung in elektronischer Form ist unzulässig.
- Kraft Bundesrecht ist in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten seit 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebührevorschuss zu entrichten.

Zuständiges Bayerisches Verwaltungsgericht:

*) Das zuständige Verwaltungsgericht ist angekreuzt.

☐

Oberbayern:

Bayer. Verwaltungsgericht München
Postfach 20 05 43, 80005 München
Bayerstraße 30, 80335 München

☐

Niederbayern und Oberpfalz:

Bayer. Verwaltungsgericht Regensburg
Postfach 11 01 65, 93014 Regensburg
Haidplatz 1, 93047 Regensburg

☐

Oberfranken:

Bayer. Verwaltungsgericht Bayreuth
Postfach 11 03 21, 95422 Bayreuth
Friedrichstraße 16, 95444 Bayreuth

☐

Mittelfranken:

Bayer. Verwaltungsgericht Ansbach
Postfach 616, 91511 Ansbach
Promenade 24 - 28, 91522 Ansbach

☐

Unterfranken:

Bayer. Verwaltungsgericht Würzburg
Postfach 11 02 65, 97029 Würzburg
Burkarderstraße 26, 97082 Würzburg

☐

Schwaben:

Bayer. Verwaltungsgericht Augsburg
Postfach 11 23 43, 86048 Augsburg
Kornhausgasse 4, 86152 Augsburg

**Fakultatives Widerspruchsverfahren bei einem Adressaten,
wenn bei der Behörde für die Übermittlung elektronischer Daten
kein Zugang eröffnet ist**

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe entweder Widerspruch eingelegt (siehe 1.) oder unmittelbar Klage erhoben (siehe 2.) werden.

1. Wenn Widerspruch eingelegt wird:

Der Widerspruch ist **schriftlich oder zur Niederschrift** bei der umseitig genannten Vollstreckungsbehörde einzulegen. Sollte über den Widerspruch ohne zureichenden Grund in angemessener Frist sachlich nicht entschieden werden, so kann Klage bei dem **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht*** - Anschrift siehe unten - schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden. Die Klage kann nicht vor Ablauf von drei Monaten seit der Einlegung des Widerspruchs erhoben werden, außer wenn wegen besonderer Umstände des Falles eine kürzere Frist geboten ist. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Vollstreckungsbehörde) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

2. Wenn unmittelbar Klage erhoben wird:

Die Klage ist bei dem **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht*** - Anschrift siehe unten - **schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts** zu erheben. **Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Vollstreckungsbehörde) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen** und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

- Durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22.06.2007 (GVBl. S. 390) wurde im Bereich der Vollstreckungsforderung ein fakultatives Widerspruchsverfahren eingeführt, das eine Wahlmöglichkeit eröffnet zwischen Widerspruchseinlegung und unmittelbarer Klageerhebung.
- Eine elektronische Widerspruchseinlegung ist unzulässig.
- Eine Klageerhebung in elektronischer Form ist unzulässig.
- Kraft Bundesrecht ist in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten seit 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebührenvorschuss zu entrichten.

Zuständiges Bayerisches Verwaltungsgericht:

*) Das zuständige Verwaltungsgericht ist angekreuzt.

☐

Oberbayern:

Bayer. Verwaltungsgericht München
Postfach 20 05 43, 80005 München
Bayerstraße 30, 80335 München

☐

Niederbayern und Oberpfalz:

Bayer. Verwaltungsgericht Regensburg
Postfach 11 01 65, 93014 Regensburg
Haidplatz 1, 93047 Regensburg

☐

Oberfranken:

Bayer. Verwaltungsgericht Bayreuth
Postfach 11 03 21, 95422 Bayreuth
Friedrichstraße 16, 95444 Bayreuth

☐

Mittelfranken:

Bayer. Verwaltungsgericht Ansbach
Postfach 616, 91511 Ansbach
Promenade 24 - 28, 91522 Ansbach

☐

Unterfranken:

Bayer. Verwaltungsgericht Würzburg
Postfach 11 02 65, 97029 Würzburg
Burkarderstraße 26, 97082 Würzburg

☐

Schwaben:

Bayer. Verwaltungsgericht Augsburg
Postfach 11 23 43, 86048 Augsburg
Kornhausgasse 4, 86152 Augsburg

**Fakultatives Widerspruchsverfahren bei mehreren Adressaten,
wenn bei der Behörde für die Übermittlung elektronischer Daten
ein Zugang eröffnet ist**

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann jeder Adressat innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe entweder Widerspruch einlegen (siehe 1.) oder, wenn die übrigen Adressaten dieses Bescheids zustimmen, unmittelbar Klage erheben (siehe 2.).

1. Wenn Widerspruch eingelegt wird:

Der Widerspruch ist **schriftlich oder zur Niederschrift** bei der umseitig genannten Vollstreckungsbehörde einzulegen. Der Widerspruch kann **auch elektronisch mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz versehen** unter der umseitig genannten Adresse eingelegt werden. Sollte über den Widerspruch ohne zureichenden Grund in angemessener Frist sachlich nicht entschieden werden, so kann Klage bei dem **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht*** - Anschrift siehe unten - schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden. Die Klage kann nicht vor Ablauf von drei Monaten seit der Einlegung des Widerspruchs erhoben werden, außer wenn wegen besonderer Umstände des Falles eine kürzere Frist geboten ist. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Vollstreckungsbehörde) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

2. Wenn unmittelbar Klage erhoben wird:

Die Klage ist bei dem **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht*** - Anschrift siehe unten - **schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts** zu erheben. **Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Vollstreckungsbehörde) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen** und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

- Durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22.06.2007 (GVBl. S. 390) wurde im Bereich der Vollstreckungsforderung ein fakultatives Widerspruchsverfahren eingeführt, das eine Wahlmöglichkeit eröffnet zwischen Widerspruchseinlegung und unmittelbarer Klageerhebung. Die unmittelbare Klageerhebung setzt die Zustimmung aller gemeinsamen Adressaten des Bescheids voraus. Wirksam zustimmen kann nur, wer keinen Widerspruch eingelegt hat.
- Ein elektronisch eingelegter Widerspruch muss mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz versehen sein. Eine elektronische Widerspruchseinlegung ohne qualifizierte elektronische Signatur ist unzulässig.
- Eine Klageerhebung in elektronischer Form ist unzulässig.
- Kraft Bundesrecht ist in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten seit 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebührenvorschuss zu entrichten.

Zuständiges Bayerisches Verwaltungsgericht:

*) Das zuständige Verwaltungsgericht ist angekreuzt.

☐ **Oberbayern:**
Bayer. Verwaltungsgericht München
Postfach 20 05 43, 80005 München
Bayerstraße 30, 80335 München

☐ **Niederbayern und Oberpfalz:**
Bayer. Verwaltungsgericht Regensburg
Postfach 11 01 65, 93014 Regensburg
Haidplatz 1, 93047 Regensburg

☐ **Oberfranken:**
Bayer. Verwaltungsgericht Bayreuth
Postfach 11 03 21, 95422 Bayreuth
Friedrichstraße 16, 95444 Bayreuth

☐ **Mittelfranken:**
Bayer. Verwaltungsgericht Ansbach
Postfach 616, 91511 Ansbach
Promenade 24 - 28, 91522 Ansbach

☐ **Unterfranken:**
Bayer. Verwaltungsgericht Würzburg
Postfach 11 02 65, 97029 Würzburg
Burkarderstraße 26, 97082 Würzburg

☐ **Schwaben:**
Bayer. Verwaltungsgericht Augsburg
Postfach 11 23 43, 86048 Augsburg
Kornhausgasse 4, 86152 Augsburg

**Fakultatives Widerspruchsverfahren bei mehreren Adressaten,
wenn bei der Behörde für die Übermittlung elektronischer Daten
kein Zugang eröffnet ist**

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann jeder Adressat innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe entweder Widerspruch einlegen (siehe 1.) oder, wenn die übrigen Adressaten dieses Bescheids zustimmen, unmittelbar Klage erheben (siehe 2.).

1. Wenn Widerspruch eingelegt wird:

Der Widerspruch ist **schriftlich oder zur Niederschrift** bei der umseitig genannten Vollstreckungsbehörde einzulegen. Sollte über den Widerspruch ohne zureichenden Grund in angemessener Frist sachlich nicht entschieden werden, so kann Klage bei dem **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht*** - Anschrift siehe unten - schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden. Die Klage kann nicht vor Ablauf von drei Monaten seit der Einlegung des Widerspruchs erhoben werden, außer wenn wegen besonderer Umstände des Falles eine kürzere Frist geboten ist. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Vollstreckungsbehörde) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

2. Wenn unmittelbar Klage erhoben wird:

Die Klage ist bei dem **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht*** - Anschrift siehe unten - **schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts** zu erheben. **Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Vollstreckungsbehörde) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen** und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

- Durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22.06.2007 (GVBl. S. 390) wurde im Bereich der Vollstreckungsforderung ein fakultatives Widerspruchsverfahren eingeführt, das eine Wahlmöglichkeit eröffnet zwischen Widerspruchseinlegung und unmittelbarer Klageerhebung. Die unmittelbare Klageerhebung setzt die Zustimmung aller gemeinsamen Adressaten des Bescheids voraus. Wirksam zustimmen kann nur, wer keinen Widerspruch eingelegt hat.
- Eine elektronische Widerspruchseinlegung ist unzulässig.
- Eine Klageerhebung in elektronischer Form ist unzulässig.
- Kraft Bundesrecht ist in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten seit 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebühreenvorschuss zu entrichten.

Zuständiges Bayerisches Verwaltungsgericht:

*) Das zuständige Verwaltungsgericht ist angekreuzt.

☐ **Oberbayern:**
Bayer. Verwaltungsgericht München
Postfach 20 05 43, 80005 München
Bayerstraße 30, 80335 München

☐ **Niederbayern und Oberpfalz:**
Bayer. Verwaltungsgericht Regensburg
Postfach 11 01 65, 93014 Regensburg
Haidplatz 1, 93047 Regensburg

☐ **Oberfranken:**
Bayer. Verwaltungsgericht Bayreuth
Postfach 11 03 21, 95422 Bayreuth
Friedrichstraße 16, 95444 Bayreuth

☐ **Mittelfranken:**
Bayer. Verwaltungsgericht Ansbach
Postfach 616, 91511 Ansbach
Promenade 24 - 28, 91522 Ansbach

☐ **Unterfranken:**
Bayer. Verwaltungsgericht Würzburg
Postfach 11 02 65, 97029 Würzburg
Burkarderstraße 26, 97082 Würzburg

☐ **Schwaben:**
Bayer. Verwaltungsgericht Augsburg
Postfach 11 23 43, 86048 Augsburg
Kornhausgasse 4, 86152 Augsburg

Unmittelbare Klageerhebung ohne Widerspruchsverfahren

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann **innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage** beim **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht*** - Anschrift siehe unten - **schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts** erhoben werden. **Die Klage muss den Kläger, den Beklagten** (Vollstreckungsbehörde) **und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen** und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

- Durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22.06.2007 (GVBl. S. 390) wurde im Bereich der Vollstreckungsforderung ein fakultatives Widerspruchsverfahren eingeführt, das eine Wahlmöglichkeit eröffnet zwischen Widerspruchseinlegung und unmittelbarer Klageerhebung.
- Eine Klageerhebung in elektronischer Form ist unzulässig.
- Kraft Bundesrecht ist in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten seit 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebührevorschuss zu entrichten.

Zuständiges Bayerisches Verwaltungsgericht:

*) Das zuständige Verwaltungsgericht ist angekreuzt.

☐**Oberbayern:**

Bayer. Verwaltungsgericht München
Postfach 20 05 43, 80005 München
Bayerstraße 30, 80335 München

☐**Niederbayern und Oberpfalz:**

Bayer. Verwaltungsgericht Regensburg
Postfach 11 01 65, 93014 Regensburg
Haidplatz 1, 93047 Regensburg

☐**Oberfranken:**

Bayer. Verwaltungsgericht Bayreuth
Postfach 11 03 21, 95422 Bayreuth
Friedrichstraße 16, 95444 Bayreuth

☐**Mittelfranken:**

Bayer. Verwaltungsgericht Ansbach
Postfach 616, 91511 Ansbach
Promenade 24 - 28, 91522 Ansbach

☐**Unterfranken:**

Bayer. Verwaltungsgericht Würzburg
Postfach 11 02 65, 97029 Würzburg
Burkarderstraße 26, 97082 Würzburg

☐**Schwaben:**

Bayer. Verwaltungsgericht Augsburg
Postfach 11 23 43, 86048 Augsburg
Kornhausgasse 4, 86152 Augsburg

Unmittelbare Klageerhebung bei Widerspruchsbescheide über Widersprüche gegen Verwaltungsakte

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen den Bescheid der

Behörde, die den ursprünglichen Verwaltungsakt erlassen hat

 vom

Datum

kann **innerhalb eines Monats nach Zustellung dieses Widerspruchsbescheids** Klage beim **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht*** - Anschrift siehe unten - **schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts** erhoben werden. **Die Klage muss den Kläger, den Beklagten** (Vollstreckungsbehörde) **und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen** und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

- Eine Klageerhebung in elektronischer Form ist unzulässig.
- Kraft Bundesrecht ist in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten seit 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebührenvorschuss zu entrichten.

Zuständiges Bayerisches Verwaltungsgericht:

*) Das zuständige Verwaltungsgericht ist angekreuzt.

☐

Oberbayern:

Bayer. Verwaltungsgericht München
Postfach 20 05 43, 80005 München
Bayerstraße 30, 80335 München

☐

Niederbayern und Oberpfalz:

Bayer. Verwaltungsgericht Regensburg
Postfach 11 01 65, 93014 Regensburg
Haidplatz 1, 93047 Regensburg

☐

Oberfranken:

Bayer. Verwaltungsgericht Bayreuth
Postfach 11 03 21, 95422 Bayreuth
Friedrichstraße 16, 95444 Bayreuth

☐

Mittelfranken:

Bayer. Verwaltungsgericht Ansbach
Postfach 616, 91511 Ansbach
Promenade 24 - 28, 91522 Ansbach

☐

Unterfranken:

Bayer. Verwaltungsgericht Würzburg
Postfach 11 02 65, 97029 Würzburg
Burkarderstraße 26, 97082 Würzburg

☐

Schwaben:

Bayer. Verwaltungsgericht Augsburg
Postfach 11 23 43, 86048 Augsburg
Kornhausgasse 4, 86152 Augsburg

**Obligatorisches Widerspruchsverfahren,
wenn bei der Behörde für die Übermittlung elektronischer Daten
ein Zugang eröffnet ist**

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann **innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Widerspruch** eingelegt werden.

Der Widerspruch ist **schriftlich oder zur Niederschrift** bei der umseitig genannten Vollstreckungsbehörde einzulegen. Der Widerspruch kann **auch elektronisch mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz versehen** unter der umseitig genannten Adresse eingelegt werden. Sollte über den Widerspruch ohne zureichenden Grund in angemessener Frist sachlich nicht entschieden werden, so kann Klage bei dem **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht*** - Anschrift siehe unten - schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden. Die Klage kann nicht vor Ablauf von drei Monaten seit der Einlegung des Widerspruchs erhoben werden, außer wenn wegen besonderer Umstände des Falles eine kürzere Frist geboten ist. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Vollstreckungsbehörde) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

- Ein elektronisch eingelegter Widerspruch muss mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz versehen sein. Eine elektronische Widerspruchseinlegung ohne qualifizierte elektronische Signatur ist unzulässig.
- Eine Klageerhebung in elektronischer Form ist unzulässig.
- Kraft Bundesrecht ist in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten seit 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebührevorschuss zu entrichten.

Zuständiges Bayerisches Verwaltungsgericht:

*) Das zuständige Verwaltungsgericht ist angekreuzt.

☐

Oberbayern:

Bayer. Verwaltungsgericht München
Postfach 20 05 43, 80005 München
Bayerstraße 30, 80335 München

☐

Niederbayern und Oberpfalz:

Bayer. Verwaltungsgericht Regensburg
Postfach 11 01 65, 93014 Regensburg
Haidplatz 1, 93047 Regensburg

☐

Oberfranken:

Bayer. Verwaltungsgericht Bayreuth
Postfach 11 03 21, 95422 Bayreuth
Friedrichstraße 16, 95444 Bayreuth

☐

Mittelfranken:

Bayer. Verwaltungsgericht Ansbach
Postfach 616, 91511 Ansbach
Promenade 24 - 28, 91522 Ansbach

☐

Unterfranken:

Bayer. Verwaltungsgericht Würzburg
Postfach 11 02 65, 97029 Würzburg
Burkarderstraße 26, 97082 Würzburg

☐

Schwaben:

Bayer. Verwaltungsgericht Augsburg
Postfach 11 23 43, 86048 Augsburg
Kornhausgasse 4, 86152 Augsburg

**Obligatorisches Widerspruchsverfahren,
wenn bei der Behörde für die Übermittlung elektronischer Daten
kein Zugang eröffnet ist**

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann **innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Widerspruch** eingelegt werden.

Der Widerspruch ist **schriftlich oder zur Niederschrift** bei der umseitig genannten Vollstreckungsbehörde einzulegen. Sollte über den Widerspruch ohne zureichenden Grund in angemessener Frist sachlich nicht entschieden werden, so kann Klage bei dem **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht*** - Anschrift siehe unten - schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden. Die Klage kann nicht vor Ablauf von drei Monaten seit der Einlegung des Widerspruchs erhoben werden, außer wenn wegen besonderer Umstände des Falles eine kürzere Frist geboten ist. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Vollstreckungsbehörde) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

- Eine elektronische Widerspruchseinlegung ist unzulässig.
- Eine Klageerhebung in elektronischer Form ist unzulässig.
- Kraft Bundesrecht ist in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten seit 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebührevorschuss zu entrichten.

Zuständiges Bayerisches Verwaltungsgericht:

*) Das zuständige Verwaltungsgericht ist angekreuzt.

☐

Oberbayern:

Bayer. Verwaltungsgericht München
Postfach 20 05 43, 80005 München
Bayerstraße 30, 80335 München

☐

Niederbayern und Oberpfalz:

Bayer. Verwaltungsgericht Regensburg
Postfach 11 01 65, 93014 Regensburg
Haidplatz 1, 93047 Regensburg

☐

Oberfranken:

Bayer. Verwaltungsgericht Bayreuth
Postfach 11 03 21, 95422 Bayreuth
Friedrichstraße 16, 95444 Bayreuth

☐

Mittelfranken:

Bayer. Verwaltungsgericht Ansbach
Postfach 616, 91511 Ansbach
Promenade 24 - 28, 91522 Ansbach

☐

Unterfranken:

Bayer. Verwaltungsgericht Würzburg
Postfach 11 02 65, 97029 Würzburg
Burkarderstraße 26, 97082 Würzburg

☐

Schwaben:

Bayer. Verwaltungsgericht Augsburg
Postfach 11 23 43, 86048 Augsburg
Kornhausgasse 4, 86152 Augsburg